



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

13. Ratssitzung vom 31. August 2022

525. 2022/261

Dringliches Postulat von Lisa Diggelmann (SP), Anna Graff (SP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 22.06.2022:

Übernahme der Gebühren für die Umwandlung des Zivilstands bei eingetragenen Partnerschaften in Ehen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Lisa Diggelmann (SP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 259/2022): Dass das Postulat nicht vor den Ratsferien behandelt wurde, ist unschön, weil das Gesetz für die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in die Ehe seit dem 1. Juli 2022 in Kraft ist. Mit dem vorliegenden Postulat fordern wir den Stadtrat auf, dass die Kosten in der Höhe von 105 Franken durch die Stadt übernommen oder mit einer Gutschrift in der gleichen Höhe kompensiert werden. Die Kosten entstehen, wenn der Zivilstand bei eingetragener Partnerschaft in eine Ehe umgewandelt wird. Alle Paare sollen aktiv über die Möglichkeit informiert werden. Zudem erwarten wir, dass der Stadtrat eine rückwirkende Erstattung der Gebühren ermöglicht, da die Umwandlung bereits seit dem 1. Juli ermöglicht ist und wir das Geschäft erst heute behandeln können. Weiter fordern wir, dass sich der Stadtrat beim Kanton Zürich dafür einsetzt, dass die Gebühren gemäss Artikel 3 Ziffer 2 der Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen des Kantons Zürichs grundsätzlich erlassen werden können. Der 26. September 2021 ist für viele ein historischer Tag. In der Stadt Zürich haben 79,5 Prozent der Stimmbevölkerung der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zugestimmt. Ziel war, dass der Zivilstand einfach und unkompliziert geändert werden kann. Bei der Umsetzung ist schlussendlich herausgekommen, dass die gleichgeschlechtlichen Paare, die bereits in einer eingetragenen Partnerschaft leben, für die gleichen Rechte doppelt bezahlen müssen. Die Stadt Zürich kann auch bei dieser Frage eine Vorbildfunktion übernehmen und ein Zeichen für andere Schweizer Städte setzen.*

***Samuel Balsiger (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Normalerweise haben Homosexuelle ein doppeltes und gutes Einkommen, das weit über dem Durchschnitt eines «Büetzers» liegt, und meistens keine Kinder. Wo genau ist das Problem?*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

***STP Corine Mauch:** Seit dem 1. Juli ist die Ehe für alle eine Realität. Der Fortschritt ist ein Verdienst von zahlreichen Leuten, die sich jahrelang engagiert haben. Das vorliegende Postulat macht darauf aufmerksam, dass Personen, die bereits in einer eingetragenen Partnerschaft leben und diese in eine Ehe umwandeln wollen, zum zweiten Mal*



2 / 4

Gebühren bezahlen müssen. Ich teile die Beurteilung der Postulantinnen: Es ist störend und ungerecht, dass diese Paare zwei Mal bezahlen müssen. Das Fazit dieses Postulats ist richtig, denn es ist ungerecht. Die Gebühr, die das Postulat richtigerweise kritisiert, ist im Bundesrecht geregelt. Der Stadtrat ist trotzdem bereit, das Postulat entgegenzunehmen, auch wenn die Stadt keine rechtlichen Handlungsmöglichkeiten hat. Wir prüfen sehr gerne, was wir unternehmen können und wie wir auf den Kanton zugehen können.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Dass die Ehe für alle in der Schweiz eingeführt werden konnte, ist ein grosser Erfolg der Politik. Von links bis rechts sind wir zusammengestanden. Wir haben akzeptiert, dass sich eine Gesellschaft und Werte verändern können und auch die Deutung der Ehe sich verändern kann. Man ist gewillt, all die Prozesse miteinander zu tätigen und zu diesem Punkt zu führen. Wir befinden uns in einer letzten Nachwirkung des ganzen Prozesses. Es gibt einen Grundsatz: Änderungen im Zivilstandsbuch werden gebührenfinanziert. Dies gilt nicht nur für die Ehe für alle, sondern auch dann, wenn ein neues Namensrecht eingeführt wird. Dies zum Beispiel, wenn Ehefrauen ihren Namen ändern wollen, oder wenn sich ein Paar scheidet. Es ist eine Grundsatzentscheidung: Es handelt sich um eine Gebühr und keine Steuereinnahme. Wenn Sie diese Grundsatzentscheidung anzweifeln, bitte ich Sie, dies nicht nur bei der Ehe für alle zu tun. Ich bin definitiv der Meinung, dass diese Gebühr getragen werden kann. Nur weil man für Gebühren ist, ist man nicht homophob.

Alan David Sangines (SP): Ich kann Severin Pflüger (FDP) beruhigen: Niemand wird denken, Sie sind homophob. Aber es wird sichtbar, weshalb es mit der Gleichstellung Jahrzehnte lang ging. Die FDP war immer etwas zu spät – bei allem. Die FDP war auch bei der Ehe für alle etwas spät an Bord, das Verständnis scheint noch immer nicht ganz vorhanden. Die FDP bringt den Vergleich einer Scheidung. Homosexuelle Paare hatten keine Möglichkeit zu heiraten. Sie wollten immer, aber zuerst musste die eingetragene Partnerschaft kommen. Damals gab es die FDP, die den Homosexuellen keine Ehe-rechte geben wollte. Damals musste man sich auf einen Kompromiss einlassen, man hatte keine andere Wahl als eine eingetragene Partnerschaft. Deswegen ist es schwierig, dies mit einer Scheidung oder Namensänderung zu vergleichen. Hätte man von Beginn an eine Ehe eingehen können, wäre klar, dass man die Gebühren bezahlen muss. Jetzt muss man eine Gebühr obendrauf zahlen, damit man eine Zweiklassengesellschaft aufhebt. Deswegen ist der Vergleich schlecht – nicht homophob. Es zeigt, dass noch nicht begriffen wurde, dass Homosexuelle lange Zeit diskriminiert wurden und man der Meinung war, dass man ihnen die Ehe im Gegensatz zu einer eingetragenen Partnerschaft nicht erlauben will. Eingetragene Partnerschaften mussten bereits viele Gebühren bezahlen: Beispielsweise war automatisch die Gütertrennung vorgesehen; wenn man eine Errungenschaftsbeteiligung wollte, musste man zum Notar. Dort hat man mehrere 100 Franken bezahlt, um der Ehe materiell einigermaßen gleichgestellt zu sein. Es ist völlig unverständlich, wenn man diesem Vorstoss nicht zustimmt.



3 / 4

Dominik Waser (Grüne): *Es ist kleinlich, peinlich und unfair gegenüber den Leuten, die nicht viel verdienen. Es gibt gewisse Momente, Samuel Balsiger (SVP), in denen man besser ruhig wäre. Vorhin wäre der Moment dazu gewesen.*

Roger Föhn (EVP): *Ich habe mich sehr gefreut, dass sich gleichgeschlechtliche Paare offiziell trauen dürfen. Es war ein langer Weg, um sich dieses Recht zu erkämpfen. Rechte ziehen auch Pflichten nach sich. Eine Änderung beim Zivilstandsamt ist eine Leistung und dafür werden Gebühren erhoben, die bezahlt werden müssen. Für uns als Fraktion ist es nicht ersichtlich, weshalb für bestimmte Gruppen Gebühren erlassen werden sollen. Die Mitte/EVP-Fraktion lehnt dieses Postulat grossmehrheitlich ab.*

Christine Huber (GLP): *Die Fraktion der Grünliberalen unterstützt das Postulat. Die Doppelbelastung von gleichgeschlechtlichen Paaren für gleiche Rechte soll aus dem Raum geschafft werden. Der letzte Satz ist dabei noch speziell bemerkt, dass für eingetragene Paare, die die Eheschliessung in einer erneuten Zeremonie begründen, die zusätzlichen Kosten nicht übernommen werden sollen.*

Martina Zürcher (FDP): *Alan David Sangines (SP) sagte, die Namensänderung sei nicht vergleichbar. Bis ins Jahr 2013 konnten Frauen bei der Heirat ihren Namen nicht behalten, sie konnten nur einen Doppelnamen machen. Heute kann eine Frau dies rückwirkend ändern und muss dafür eine Gebühr zahlen. Ich würde sagen, dies sei vergleichbar. Es gab allerdings keinen Aufschrei, dass man die Gebühr erlassen soll. Eine Gebühr ist eine Entschädigung für einen Verwaltungsakt – nicht mehr und nicht weniger.*

Samuel Balsiger (SVP): *Warum darf ich mich zu diesem Thema nicht äussern? Das würde ich gerne in einem persönlichen Gespräch erfahren. Ich finde es wichtig, dass Homosexuelle in Zürich ausgehen können, ohne dass sie angegriffen werden. Persönliche Sicherheit finde ich wichtiger als Gebühren, die Doppelverdiener gut bezahlen können. Sie ziehen dem Bürger 12 Milliarden Franken für unsinnige grüne Projekte aus der Tasche, aber machen ein Theater wegen 100 Franken. Der Staat ist gierig und möchte Geld. Die 100 Franken sind nicht das Problem, sondern ihre Politik ist das Problem.*

Lisa Diggelmann (SP): *An Martina Zürcher (FDP): Etwas, das für alle Frauen gegolten hat mit etwas zu vergleichen, das einer Minderheit verwehrt wurde, ist ein schlechter Vergleich. Wir sind dennoch offen, wenn die FDP einen Vorstoss einreichen möchte, damit auch diese Gebühren fallen könnten. Ich möchte ein Beispiel machen, da Homosexuelle anscheinend viel Geld verdienen und übervorteilt sind: Wenn man als lesbische Frau eine künstliche Befruchtung machen möchte, kostet das pro Versuch 1500 bis 2000 Franken. Bei heterosexuellen Paaren bezahlt die Krankenkasse drei Versuche. In Bezug auf die Gleichstellung haben wir noch einen langen Weg vor uns. Die 105 Franken sind ein kleines Puzzleteil davon.*

Das Dringliche Postulat wird mit 70 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat